

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Freierlusten“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspresse: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 beam. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Zoller (Inh. R. Zoller), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1-spaltige Tages-Zeile ober deren Raum 20 Pf., Familien-Anzeigen 15 Pf., Reklamazeile 60 Pf., Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — Zu frühen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Volksh. Kto. Stuttgart 5173

Nr. 151

Geegründet 1827

Freitag, den 1. Juli 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

## Tagespiegel

Das Reich hat einen Ueberbrückungskredit über Juni-ultimo von 125 Mill. RM. aufgenommen. Die Notverordnung über den Reichshaushalt ist am Donnerstag vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Der bisherige deutsche Gesandte in Rom, Schroetter, ist zum Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden.

Die preussische Regierung hat das vom Reichsinnenminister geforderte fünfjährige Verbot des „Vorwärts“ (soz.) und der „Köln. Volkszeitung“ (Zentrum) abgelehnt und das Ersuchen dem Reichsgericht zugeleitet, das die staatsrechtliche Entscheidung treffen wird.

Der Senat in Bremen hat beschloffen, für das bremische Staatsgebiet die Schlachtfeldsteuer durch Notverordnung mit Wirkung ab 4. Juli d. J. einzuführen, um die Verpflichtungen, insbesondere aus den ständig steigenden Forderungen nach Möglichkeit erfüllen zu können.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlangen die Einberufung des Reichstagsausschusses für Auswärtiges zum Bericht über die Lausanner Konferenz und zwecks Stellungnahme zu den angeblichen Neuierungen des Reichskanzlers in Unterredungen mit Vertretern der Pariser Blätter „Figaro“ und „Matin“.

Die Mehrheit des preussischen Staatsrats wird den vom Landtag angenommenen nationalsozialistisch-kommunistischen Amnestieantrag ablehnen.

Die Einnahmen der Reichsbahn betragen im Mai 1932 243,56 Mill. RM., die Ausgaben 312,57 Mill. RM. Der Einnahmefall von Januar bis Mai beläuft sich gegenüber dem Vorjahr auf 434,5 Mill. RM.

Die Reichsmehrzahl für Lebenshaltungskosten ist im Monat Juni 1932 mit 121,4 gegenüber dem Mai (121,1) um 0,2 v. H. gestiegen.

Herriot hat in Lausanne am Donnerstag dem Reichskanzler einen Besuch von 40 Minuten abstatuiert. Das „Büro“ hielt drei Sitzungen ab; die letzte dauerte bis in die Nacht hinein. Infolge der beharrlichen deutschen Weigerung, die bekannten französischen Vorschläge anzunehmen, sollen nun ganz neue Vorschläge gemacht worden sein.

Die zur Abrüstungskonferenz in Genf anwesenden Vertreter der englischen Dominien und Irlands traten am Donnerstag mit dem englischen Außenminister Simon zu einer Besprechung über den Abrüstungsvorschlag Hoover (zunächst ein Drittel der Wehrbestände) zusammen.

England wird gegen Irland wegen Verweigerung der Reichsabgabe Sonderzölle anzuwenden, die 5 Mill. Pfd. (die verweigernde Abgabe) aufbringen sollen.

Die Meldung eines Londoner Blattes, daß Mac Donald mit dem Graf „Zeppelin“ nach London zurückkehren werde, wird amtlich für unrichtig erklärt.

An den französischen Luftmandoren bei Metz, Belfort, Arras und Cherbourg werden etwa 3000 Flugzeuge teilnehmen.

China will mit Rußland einen Nichtangriffsovertrag abschließen.

## Vertagung der Entscheidung

Lausanne, 30. Juni. Wie bereits berichtet, hat die Vertagung der sechs einladenden Mächte am Montag im Verlauf der Reparationsverhandlungen zu einem einseitigen Ausweg aus dem Wirrwahl der Konferenz geführt, indem zwei Ausschüsse eingesetzt wurden. Der eine, der das Büro heißt, hat den Auftrag, Bericht zu erstatten über den Stand der bisherigen Verhandlungen. Dieser Ausschuss befaßt sich mit der eigentlichen Reparationsfrage, und ihm gehören die Finanzminister der einladenden Mächte an. Der andere Ausschuss besteht aus dem Wirtschaftsministerium der einladenden Mächte, er soll die Überleitung zu der Weltwirtschaftskonferenz darstellen, die der Reparationskonferenz folgen soll. Diese beiden Ausschüsse sind am Mittwoch abend bereits zusammengesetzt. Der Bericht des Büros wird den einladenden Mächten vorgelegt, und sie werden Beschluß zu fassen haben, was weiter geschehen soll. Eine tatsächliche Annäherung in der Reparationsfrage ist noch nicht zu verzeichnen, und so wird die Konferenz, selbst wenn das Büro seinen Bericht vorlegt, noch auf demselben Punkt stehen wie heute. Aber immerhin: die Konferenz ist für einige Tage zum mindesten gerettet.

Das Büro war am Mittwoch bis nach Mitternacht beisammen, ohne daß eine Entscheidung getroffen werden konnte. Die Arbeiten wurden am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, fortgesetzt und gegen Mittag abermals unterbrochen. Schon vor Schluß waren die deutschen Vertreter, Reichsfinanzminister Graf Schönerling v. Korfing und Staatssekretär v. Wölzow, nach dem Hotel der deutschen Vertretung zurückgekehrt. Sie

## Politische Wochenrundschau

Die Lausanner Tributkonferenz auf dem toten Punkt / Papen weicht von der Forderung restloser Streichung nicht ab / Die Genfer Abrüstungskonferenz durch Sommerferien (I) unterbrochen / Bruderkrieg in Deutschland / Monarchiebestrebungen in Bayern

Die Lausanner Tributkonferenz, auf die alle Welt so große Hoffnungen gesetzt hatte, ist auf dem toten Geleise angelangt, und wenn kein Wunder geschieht, wird sie auch, zur hoffnungslosen Enttäuschung der Völker diesseits und jenseits des Ozeans, Frankreich ausgenommen, nicht mehr aus dieser Sackgasse herauskommen. Die heute aus tausenden Wunden blühende Menschheit kann sich dafür bei Frankreich bedanken. Denn nicht Berlin, sondern einzig und allein Paris mit seinem im Bann des Chauvinismus gefesselten Herriot trägt an dem unheilvollen Fiasko die Schuld.

Frankreich konnte und kann sich von zwei Gedankenängen absolut nicht losmachen. Die Tribute seien nicht an der Welttribune schuldig und — Deutschland könne und müsse sie zahlen, und wenn es schließlich nur eine „Abschlußzahlung“ wäre. Und diesen starren Standpunkt hat Frankreich in allen Stadien der Tributkonferenz beharrlich festgehalten: in der ersten englisch-französischen Phase, trotz der ursprünglichen Absicht Londons, daß die Tribute überhaupt gestrichen werden sollen; aber auch und erst recht in der zweiten deutsch-französischen Phase, wo die beiden Partner in der Hauptphase aneinander vorbeiredeten. Jetzt handelt es sich nur noch um eine anständige Schlussformel, mit der man der Welt, zur Verhinderung einer Panik, noch einen schwachen Hoffnungsschimmer anspenden wird. Das liegt besonders im Interesse Mac Donalds, der seinerzeit die Konferenz mit so schönem Optimismus eröffnete, aber auch mit der lächerlichen Mitteilung, daß die fünf Gläubigermächte über die Dauer der Konferenz einen Aufschub gewähren wollten. Uns Deutschen verbleibt wenigstens der Trost, daß unsere Vertreter vorbehaltlos auf der Forderung restloser Tributstreichung verharren und sich bei jeder auf feinerer Zugeständnisse eingelassen hatten — immerhin ein beachtenswerter Fortschritt.

Nicht besser oder womöglich noch schlimmer steht es mit der Genfer Abrüstungskonferenz. Frankreich hat es bisher geradezu meisterhaft verstanden, alle irgendwie ernst zu nehmenden Vorschläge zu sabotieren, gleichviel, woher sie auch kamen, ob von Sowjetrußland oder von Deutschland oder gar von Amerika. So neuestens Hoovers Antrag, daß alle Staaten, Deutschland und keine ehemaligen Kriegsverbündeten ausgenommen, um ein Drittel ihres gegenwärtigen Rüstungsstandes abrüsten sollen. Natürlich war Frankreich während darüber. Es hat den „unerhörten“ Vorschlag abgelehnt, zugleich aber zugelassen, daß derselbe in allen möglichen Ausschüssen, namentlich von den Generalen, gründlich beraten werde — die beste Methode, um eine Sache in aller Eile zu begraben. Inzwischen werden die Herren in die Sommerferien gehen. Was nachher geschehen soll, das überläßt man dem Himmel. Hoover selbst aber wird lieber sich nicht mit einer wenn auch

nach so schönen Gesie abspesen lassen. Ihm ist es vielmehr mit der Abrüstung bitterer Ernst. Er ist, wie er schon im Mai vorigen Jahres auf der Tagung der internationalen Handelskammer erklärt hatte, der festen festen Überzeugung, daß an der Welttribune allererst das durch das wahnwitzige Betrüben erzeugte Mißtrauen der Völker gegeneinander (heute 70 v. H. mehr Rüstungsausgaben als vor dem Krieg) die Schuld habe. Und so lange die europäischen Staaten nicht abrüsten, will und kann Washington keinen Kriegsschuldner keinen Nachlaß gewähren. Schade, daß Hoover nicht, wie Italien, den Grundgeden der Rüstungsgleichheit und Wehrhoheit für Deutschland gefordert hat.

Nun aber etwas anderes! Die „Gazette de Lausanne“, die uns vom Krieg her nicht im besten Andenken ist, hat unlängst sich aus Berlin berichten lassen, der kaum mehr latente Bürgerkrieg in Deutschland fordere jährlich 5 bis 6 Todesopfer und etwa 50 Verwundete. So also beurteilt man im Ausland unsere innerpolitische Lage, und leider nicht mit Unrecht, wenn man nur einen einzigen Tag, wie z. B. den letzten Sonntag mit seinen Schlägereien, Witten, Bohwinkel, Essenborbeck, Reisch, Eisleben, Ohrdruf, Werben, Leipzig, Hirschberg, Landsberg und selbstverständlich auch in Berlin zusammenstellt. Daß die neuerdings zugetragenen Uniformen der Nationalsozialisten auf die politischen Gegner in und außer den Parlamenten ausbreiten wirken müssen, ist verständlich, aber daß dabei gestochen, gepöbel und geschossen werden muß, ist nicht zu entscheiden. Uebrigens sollte das Ausland endlich einmal die Ursache aller dieser Erscheinungen, des physischen und seelischen Niederganges unseres Volkes finden. Dreizehn Jahre Versailles — das sagt alles, das erklärt zur Genüge unser grenzenloses wirtschaftliches und moralisches Elend.

In Bayern ist ein offener Konflikt mit dem Reich ausgebrochen, der soweit gediehen ist, daß Dr. Heim bereits mit der Rückkehr der Monarchie droht, nämlich mit einer „partikularistischen“, wie Dr. Heim meint. Ra, so weit sind wir noch lange nicht. Aber immerhin ist es schlimm genug — und dies just in einer Zeit, wo innere Geschlossenheit gegenüber dem Ausland mehr denn je nötig — daß zwischen dem Reich und dem zweitgrößten Gliedstaat starke Differenzen ausbrechen könnten. Die bayerische Staatsregierung lehnt glatt ab, einem „Eruchen“ des Reichsinnenministers in Sachen des politischen Uniformverbois nachzukommen. Es ist zweifellos ein Unterschied zwischen „Reichsrecht“ und „Reichspolitik“. Dennoch müssen wir heute alles vermeiden, was irgendwie nach „Partikularismus d. h. nach Sonderbündel und Separatismus aussieht. Ein Reich, ein Recht, aber auch eine Politik. W.H.

hatten im Büro weitere Bemerkungen zu den in der deutschen Erklärung berührten Fragen gemacht, und diese Bemerkungen wurden nun von den übrigen Mitgliedern des Büros nach dem Weggang der Deutschen eingehend besprochen.

Ein halbamtlicher Bericht fügt hinzu, daß eine Veränderung der Lage nicht eingetreten sei.

Radmittags 2.30 Uhr trafen die Mitglieder des Büros wieder vollständig zusammen.

Der Wirtschaftsausschuss hat das Material fertiggestellt, das einem großen, von allen Staaten einschließlich Amerikas zu bildenden Vorbereitungsausschuss für die im Herbst in London vorgesehene Weltwirtschaftskonferenz als Grundlage dienen soll.

### Einigung auf Pauschalsumme?

Paris, 30. Juni. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Lausanne will auf Grund der gestrigen Verhandlungen eine günstige Wendung feststellen können. Mac Donald habe unter Berufung auf den Bericht der Balfour Sachverständigen die Vertreter der Gläubigermächte gefragt, ob sie bereit wären, auf die ihnen auf Grund des Youngplans zukommenden Jahreszahlungen zu verzichten, damit Deutschland eine Pauschalsumme leisten könne. Sämtliche Gläubiger hätten sich für diese Lösung ausgesprochen.

Jetzt handle es sich darum, die Zustimmung Deutschlands zu erhalten. Um diese zu erleichtern, habe der gestern eingesezte Konferenzvorstand sich abends bemüht, die endgültige Pauschalziffer festzusetzen, die man von Deutschland fordern würde, sowie die Modalitäten für einen Abkommensentwurf. Nach französischer Ansicht wäre Deutschland eine völlige Aussetzung seiner Zahlungen für zwei oder drei Jahre zu gewähren, damit es Zeit habe, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Nach dieser Frist würde Deutschland die Zahlungen für die Verzinsung und Tilgung des Pauschalbetrags, die die vom deutschen Staat garantierten und sofort der

Bank für internationalen Zahlungsausgleich übergebenen Schuldcheine darstellen, zu leisten haben. Dieser Pauschalbetrag würde als Grundlage für eine allgemeine Regelung der zwischen den Regierungen schwebenden Schulden dienen.

Die Sonderberichterstatter der französischen Presse betätigen im großen und ganzen den Bericht der Hanas-Agentur über das Ergebnis der gestrigen Beratung. Die Rechtsblätter warnen vor einer Lösung der Reparationen durch eine Pauschalsumme.

### Falschmeldungen über deutsche Zugaben

Lausanne, 30. Juni. Gegenüber einer von ausländischer Seite von hier aus verbreiteten Nachricht, wonach sich die deutsche Abordnung bereit erklärt habe oder erklären wolle, ein Angebot in Höhe von drei Milliarden Reichsmark als „Abschlagszahlung“ anzunehmen, wird von ermächteter Seite aufs bestimmteste erklärt, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren.

### Die Kasse für den Wiederaufbau

Lausanne, 30. Juni. Grundsätzlich scheint nun der Plan, eine gemeinsame Kasse für den Wiederaufbau Europas zu schaffen, an der sich sämtliche Mächte nach einem rechnerisch festzusetzenden Betrag beteiligen sollen, von allen Konferenzteilnehmern angenommen zu sein. Von deutscher Seite wurde bekanntlich erklärt, Deutschland sei bereit, einen über den auf Deutschland fallenden Betrag hinausgehenden Zuschuß zu leisten, wenn die „Diskriminationen“ Deutschlands durch den Versailler Vertrag fallen. Von den übrigen Abordnungen scheint aber erklärt worden zu sein, daß die Kriegsschuldfrage u. a. mit der Reparationsfrage nichts zu tun habe (1) und deshalb in Lausanne nicht weiter behandelt werden könne. Eine Einigung in dieser Frage ist bis jetzt nicht zu erreichen gewesen.

Die geforderte Pauschalzahlung ist bis jetzt von den deutschen Vertretern entschieden abgelehnt wor-

den, wie sie auch die immer wieder von der Gegenseite verjüchte Verkopplung der Amerikaschulden mit den Reparationen abwiesen. Da Mac Donald auf einen möglichst schnellen Abschluß der Konferenz drängt, weil er am 5. Juli nach London zurückfahren will, so wird angenommen, daß die Schlußfassung der Konferenz etwa Mitte nächster Woche parafinden könne.

### Der Reichskanzler reist nach Berlin

Berlin, 30. Juni. Wie verlautet, wird Reichskanzler von Papen morgen oder übermorgen für einige Tage nach Berlin zurückkehren, um dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett über den Stand der Dinge in Lausanne zu berichten.

### Englische Pressestimmen zur Lage in Lausanne

London, 30. Juni. Der Lausanner Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, gewisse Umstände deuten darauf hin, daß die Konferenz eine Wendung zum Besseren nehme. — Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ sagt, in amtlichen Londoner Kreisen habe gestern eine entschieden bessere Stimmung bezüglich des Ausgangs der Konferenz geherrscht als in vielen Kreisen in Lausanne.

Der Times-Berichterstatter in Lausanne hat den Eindruck, daß es sich bei der deutschen Erklärung (Forderung der Aufhebung der „Diskriminationen“ Deutschlands im Versailles Vertrag) mehr um eine erneute Darlegung der allgemeinen Richtung der deutschen Politik als um die Bezeichnung eines unmittelbaren zu erreichenden politischen Ziels handele. Man könne in der Erklärung einen Beitrag Deutschlands zu den Bemühungen erblicken, die Arbeit der Abrüstungskonferenz zu fördern. Wahrscheinlich werde bis Donnerstagabend das Schicksal der Konferenz entschieden sein.

In einem Bericht an den „News Chronicle“ drückt der in Lausanne weilende Sir Walter Ranton die Überzeugung aus, daß gegenwärtig das letzte Kapitel der Geschichte der Reparationen geschrieben und daß für die Zukunft jede Gefahr ausgeschlossen werde, daß deutsche Reparationsleistungen wieder zu einer Quelle wirtschaftlicher oder politischer Störungen werden können.

„Financial Times“ erklärt, die Hauptfrage sei, daß Deutschland für eine unbegrenzte Zeit keine Reparationen mehr bezahlen könne, und unter diesen Umständen sollten es die europäischen Staatsmänner angesichts der Gefahr eines Mißerfolgs mühsam finden, zu einer Vereinbarung zu kommen.

### Schwenkung der franz. Abrüstungspolitik?

Paris, 30. Juni. Der Lausanner Sonderberichterstatter des „Matin“ schreibt, er würde nicht überrascht sein, wenn heute oder morgen einige Wähler die Nachricht von einer französischen Kompensation in der Abrüstungsfrage veröffentlichten würden, durch die der Gleichberechtigung, wie Deutschland sie fordere, der Weg geebnet werde. Davon sei gestern ebendort stark gesprochen worden.

Auch der Außenminister des „Echo de Paris“ meidet aus Lausanne, daß angeblich die französische Abrüstungsdelegation ihre Ansicht insofern geändert habe, als sie jetzt Hoovers Vorschlag als Verhandlungsgrundlage annehme. Rationell in amerikanischen Kreisen erklärte man, daß Frankreich sich jetzt viel günstiger zu den amerikanischen Vorschlägen stelle. Man spräche sogar von einer völligen Schwenkung der französischen Regierung.

### Das Ringen in Lausanne

Lausanne, 30. Juni. Das Bild der Konferenz von Lausanne scheint sich nach C.R.B. wie folgt darzustellen: Die Bemühungen um eine Verständigung über die Streichung der Reparationen sind mit großem Eifer fortgesetzt worden. Formulierungen wurden vorgeschlagen, aber eine Einigung bisher nicht gefunden, hauptsächlich weil die Franzosen den Ansehensfaktor Amerika ins Gewicht führen, der dadurch gegeben ist, daß Washington es bis nach den Präsidentenwahlen wiederholt und entschieden abgelehnt hat, sich irgendwo in diese finanzielle Auseinandersetzung Eurovas hineinziehen zu lassen. Die wiederholte Bewandlung Mac Donaldis auf Amerika in seinem gestrigen Bericht vor den sechs Rädern zeigt, daß auch er sich von dem französischen Standpunkt hat beeindruckt lassen.

Herriot kämpft um eine Formel, die die vollständige Streichung der Reparationen gewährleisten von dem künftigen amerikanischen Verhalten abhängig macht und steht damit im Gegensatz zu dem Ziel der Konferenz und dem deutschen Wunsch einer endgültigen Regelung. Der Ausgang dieses Ringens steht im Augenblick noch offen, doch scheint die Entscheidung nahe bevorzustehen.

## Neue Nachrichten

### „Proletarische Einheitsfront“

Die Sozialdemokraten rufen ab

Berlin, 30. Juni. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an die Bezirksleitungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sich mit der Frage der „proletarischen Einheitsfront“ beschäftigt. In diesem Schreiben wird erklärt, daß die sogenannte „antifaschistische Aktion“ der Kommunisten in Wirklichkeit nichts anderes als eine anti-sozialdemokratische Aktion sei. Die kommunistische Partei wolle die proletarische Einheitsfront, die sie mit Worten predigt, in der Tat nicht. Der Parteivorstand weist schließlich darauf hin, daß etwaige Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können; irgendwelche örtlichen Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen seien entschieden zu vermeiden.

### Keine Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungen

Berlin, 30. Juni. An den Reichsarbeitsminister ist die Frage herangebracht worden, ob in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, zu berücksichtigen sind. Der Reichsarbeitsminister hat in einem Erlaß vom 29. Juni 1932 darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, solche Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen zu berücksichtigen zu lassen.

### Der angeblich abgelehnte Besuch der Zentrumsführer beim Reichsinnenminister

Berlin, 30. Juni. C.R.B. meldet: In der Presse ist in den letzten Tagen verschiedentlich der Reichsinnenminister Erdr. v. Banl heftig angegriffen worden, weil er angeblich

sich sich geweiheit haben soll, die Führer des Zentrums zu empfangen. Aus Kreisen des Reichsinnenministeriums wird zu diesen Meldungen erklärt, daß ein Mißverständnis vorliegt. Von einer Ablehnung des Empfanges unter irgend einem Vorwand könne keineswegs die Rede sein.

### Prügelrei in der Berliner Universität

Berlin, 30. Juni. In der Berliner Universität kam es heute vormittag nach der Pause um 11.15 Uhr zu einer neuen großen Schlägerei zwischen Studenten der rechten und linken Richtung. Die Nationalsozialisten riefen im Sprechchor: „Juden raus!“, die Linken: „Hitler verreck!“ Rektor Lüder schloß die Universität für Donnerstag und forderte die Studenten auf, das Gebäude zu räumen. Nachdem die beiden Parteien das Universitätsgebäude durch verschiedene Porten verlassen hatten, kam es vor der Universität und in den Nebentrassen zu neuen Ansammlungen und Zusammenstößen, die durch mehrere Vereisungen der Polizei auseinandergetrieben wurden. In der Universität fand eine Besprechung statt, bei der Rektor Lüder die Führer der beiden Gruppen vernahm. Rektor und Senat werden weitere Beschlüsse fassen. Die Universität bleibt bis Samstag geschlossen.

### Politische Zusammenstöße

Göttingen, 30. Juni. Nach einem Verbeugungszug des Stahlheims kam es gestern abend zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu schweren Schlägereien, bei denen etwa 20 Personen verletzt wurden. Ein Reichsbannermann erlitt schwere Verletzungen durch Messerstiche.

### NSDAP. und neue Notverordnung

München, 30. Juni. Unter der Überschrift „Reichsrecht bricht Landesfronte“ schreibt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz u. a.: Durch die zweite politische Notverordnung ist der reichsrechtlichen Regelung bezüglich des Uniformtragens und der Demonstrationen Freiheit im ganzen Reichsgebiet Geltung verschafft worden. Damit ist einem rechts- und verfassungswidrigen Zustand, der von gewissen Länderregierungen noch mit Vollgewalt aufrechterhalten wurde, ein Ende bereitet. Die NSDAP. erwartet, daß die Reichsregierung nunmehr auch über die Durchführung dieser Reichsnotverordnung einen schwarz-roten Sabotageversuch gegenüber mit aller Entschiedenheit wacht.

### Zurückweisung einer Sensationsmeldung

München, 30. Juni. Auf Grund von Neuierungen, die in einer nationalsozialistischen Versammlung in Rosenheim gefallen sein sollen, glaube die sozialdemokratische „Münchener Post“ für Sonntag den 3. Juli bei Gelegenheit des nach München einberufenen Gautags „ernste Ereignisse“ ankündigen zu müssen. Sie klopft daran phantastische Mitteilungen über einen „großen nationalsozialistischen Aufmarsch“ südlich der Donau, der die bayerische Regierung veranlassen könnte, sich nach Nürnberg zurückzuziehen.

Anmerkung des C.R.B.: In Berliner politischen Kreisen nimmt man diese Sensationsmeldungen nicht ernst, sondern hält sie für ein Wahlmanöver und macht darauf aufmerksam, daß bisher kein anderes Blatt von diesem angeblichen Aufmarsch irgend etwas zu berichten weiß. Man ist auch überzeugt, daß die bayerische Regierung vollständig Herrin der Lage sei.

### Borah gegen die Wirtschaftskonferenz

Washington, 30. Juni. Senator Borah erklärte im Senat, es sei unmöglich, eine Weltwirtschaftskonferenz, wie geplant, abzuhalten, da Lausanne offenbar mit einem Mißerfolg geendet habe. Alle Beratungen werden solange zu nichts führen, als die Reparationsfrage nicht geregelt sei. Eine Wirtschaftskonferenz könne es auch nicht gelingen, die Lage zu festigen und die Preise wieder ins Gleichgewicht zu bringen, ohne die Schuldfrage zu berücksichtigen.

Unter dem Eindruck der Rede Borahs hat der Senat die geforderten 40 000 Dollars zur Teilnahme Amerikas an einer internationalen Wirtschaftskonferenz abgelehnt. Er bewilligte aber statt dessen 40 000 Dollar zur Teilnahme an einer Währungs-konferenz.

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 30. Juni

Präsident Mergenthaler eröffnet die heutige Sitzung um 4 Uhr. Zwei nat.-soz. Angeordnete sind wieder in Uniform erschienen. Die Tribunen sind wieder überfüllt. Abg. Köhler (Komm.) begründet eine Große Anfrage betr. Währungsreform der Polizeidirektion Heilbronn. Abg. Kiener (Nat.-Soz.) eine solche betr. Verhalten der Polizei gegenüber Streikenden beim Bahnbau Tuttlingen—Gutinau, die von den Nat.-Soz. durch Geldmittel unterstützt wurden. Abg. Müller (MS.) beantwortet, daß künftig bei Wirtschaftskämpfen der Arbeiterschaft keine Polizei mehr eingesetzt werde, außer wenn unmittelbare Gefahr für die Entstehung von Personen- oder Sachschaden vorhanden ist.

Staatspräsident Dr. Holz erklärte, angesichts der kommunistischen Aufreizungen zu Gefehrdrohungen verbiete das Vorgehen des Polizeidirektors Wilhelm in Heilbronn volle Anerkennung.

Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte, er sei nicht gegen die Tuttlinger Streikenden aufgetreten, sondern dagegen, daß sie von den Nat.-Soz. unterstützt wurden. Der sinnlose Streik sei zusammengebrochen.

Nach längerer Aussprache wurde die Beratung auf Freitag vormittag vertagt.

## Württemberg

Stuttgart, 30. Juni

150 Jahre Schillers „Räuber“. 150 Jahre sind vergangen, seit Schillers Erstlingswerk „Die Räuber“ im Jahr 1782 im Mannheimer Nationaltheater zum ersten Mal über die Bretter ging. Der Stuttgarter Verein „Freilichttheater“ nahm dieses Jubiläum zum Anlaß, im Völpelwald, im Freilichttheater, einen Odenstein zu enthüllen. Der Stein ist ein Findling aus dem Völpelwald selbst und trägt eine Kupferplatte mit der Aufschrift „Schillers Räuber 1782—1932“. Der Vorsitzende des Vereins „Freilichttheater“, Regierungsrat Cittel, feierte Schiller als den größten deutschen Volksdichter, der uns gerade heute Leisten durch Nacht zum Licht sein könne. Mit dem Mahnruf Schillers an alle Deutschen „Seid einig, einig!“ übergab Regierungsrat Cittel den Odenstein in den Schuß der Stadt Stuttgart. An den feierlichen Akt schloß sich zur

Eröffnung der diesjährigen Spielzeit des Stuttgarter Freilichttheaters die Festvorstellung „Die Räuber“ an. Die Aufführung des Schauspielers war von großer Wirkung, und die zahlreichen Zuschauer dankten mit stürmischem Beifall.

Vor dem Großen Schöffengericht steht der 31 J. a. Major a. D. Konrad Butterfack, sowie einige Drucker, die im Auftrag Butterfacks und des klüchtigen Mitangeklagten Weinbrenner Feinschriften hergestellt hatten, durch die gegen verschiedene Persönlichkeiten schwere Beschuldigungen erhoben wurden. Die Hauptbeteiligten, Frau Mathilde Butterfack und der Kaufmann Eugen Weinbrenner aus München konnten noch nicht mit zur Verantwortung gezogen werden, da sie es verstanden hatten, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Sie hatten sich zurzeit in Straßburg auf. Auch der Angeklagte Butterfack hielt sich längere Zeit dort auf; er hat sich dann aber vor einigen Tagen dem Gericht in Stuttgart gestellt. — Die Vorgeschichte zu dem Prozeß Butterfack liegt in einem Erbschaftsprozesse der Eheleute Butterfack, der zu ihren Ungunsten entschieden wurde, obwohl sie alle nur erdenklichen Instanzen in Anspruch nahmen. Das Ehepaar Butterfack war nun von der Idee befallen, es sei ihm ungebührliches Unrecht geschehen. Zeugen, die gegen sie ausgesagt, wurden des Meineids bezichtigt. Den in dem Prozeß tätigen Richtern wurde Parteilichkeit und den eigenen Anwälten Parteiverrat zum Vorwurf gemacht. In einer Reihe von Flugchriften wurde in der Folge gegen die Justiz eine tolle Sprache geführt. Landtag, Reichstag und selbst der Völkerverbund wurden „rechtsjügend“ angegangen. Für die Verhandlung sind drei Tage vorgesehen.

Stuttgart, 30. Juni. Arzt-Jubiläum. Der Chefarzt des Wilhelm-Epitals, Direktor Dr. Oskar Brigel, kann am 1. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit als Leiter dieses Krankenhauses zurückblicken.

Göppingen, 30. Juni. Verhaftung eines betrunkenen Autofahrers. Von der Polizeidirektion Göppingen wird mitgeteilt: In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Polizeiwachmeister auf einen stadtauswärts fahrenden auswärtigen Personentransportwagen aufmerksam gemacht. Der Führer des Wagens war offensichtlich betrunken. Am Orsenweg von Holzheim konnte der Täter, der dort auf einen Gartenzaun aufgefahren war, eingeholt werden. Mehrfachen Aufforderungen durch den Polizeiwachmeister, aus dem Wagen auszusteigen, leistete der Wagenführer keine Folge. Als der Beamte den linken Arm des Wagenführers ergrieff, um ihn am Weiterfahren zu verhindern, griff der Wagenführer in seine rechte Gesäßtasche. In der berechtigten Annahme, er greife nach einer Pistole oder Schusswaffe, nahm auch der Polizeiwachmeister seine geladene Pistole zur Hand, hielt sie aber mit der Mündung außerhalb des Wagens nach oben. In diesem Augenblick erhielt er von dem Personentransportwagenführer einen Stoß gegen den Bauch, so daß er mit dem Oberkörper in den Wagen stürzte. Dabei stieß er mit der rechten Hand, in der er eine Schusswaffe gehalten hatte, am Kraftwagen an, wobei sich die Sicherung und der Abzug lösten, so daß ein Schuß losging. Der Kraftwagenführer wurde in den Kopf getroffen und schwer verletzt. Durch die sofort herbeigerufenen Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne wurde er ins hiesige Krankenhaus überführt. Es handelt sich um den verh. Landwirt und Viehhändler Karl Straub aus Rappoldsau O.L. Gaildorf. Nachträglich wurde noch in Erfahrung gebracht, daß dieser bereits nachmittags in einer Wirtschaft in Werenbach gewesen war, wo ihm infolge seiner Trunkenheit die Abgabe von Getränken verweigert worden war, worauf er Gegenstände zerstörte.

Schwerer Unfall. Im Betrieb der Seilbahn zum Waldfriedhof war eine Eistrang eingetreten, zu deren Behebung ein Monteur vom Depot Södingen herbeigerufen wurde. Als dieser einen Schalthaken öffnete, gab es Kurzschluß, wobei unter donnerähnlichem Krach eine Stichflamme herausbrach. Der Monteur, der offenbar ohne Gummihandschuhe gearbeitet hatte, wurde am Oberkörper und im Gesicht sehr schwer verletzt.

Die Remmer Tragsdie. — Kein Freitod. Zu der Nachricht, daß der Chemann Lutz sich durch Erhängen das Leben genommen hat, wird mitgeteilt, daß dies nicht der Fall ist. Lutz befindet sich zwecks Untersuchung der Angelegenheit im Amtsgerichtsgefängnis 1 in Stuttgart.

Vom Hundesport. Der Bund württ. kanologischer Vereine hält heuer seine Landesausstellung für Hunde aller Rassen am 11. September in Ludwigsburg ab.

## Aus dem Lande

Ehlingen, 30. Juni. Sanitätsrat Krauß 25 Jahre Leiter der Privatklinik Kennenburg. Am 1. Juli ds. Js. sind es 25 Jahre, daß Sanitätsrat Dr. Reinhold Krauß in Kennenburg die Leitung der dortigen Privatklinik übernommen hat. Seiner unermüdeten, von tiefstem Verantwortungsföhl für seine Kranken und großem ärztlichem Können getragenen Tätigkeit war es zu danken, daß der Name seines Hauses bald weit über die Grenzen unseres Landes bekannt wurde.

Walbsingen, 30. Juni. Großer Hagelschaden. Durch den Hagelschlag am Dienstag sind die Hoffnungen der Landwirte wohl größtenteils vernichtet; die gerade in der Blüte stehenden Getreidefelder liegen wie gewohnt am Boden. Auch im Stadtbereich hat der Hagel schweren Schaden angerichtet. Der geringe Obstanfall wurde größtenteils heruntergeschlagen. Zwischen Großheppach und Grumbach stürzte auf dem gläsernen Straßenbelag ein W-Belwagen mit Ausstellungssäulen um. Der Wagen lag die ganze Nacht quer über die Straße. Einer der Mitfahrer wurde verletzt.

Lauffen a. N., 30. Juni. Eine rohe Tat. Der Sohn Otto des Maurermeisters Fr. Link arbeitete bei den Straßenbauarbeiten am Stiche mit dem Arbeiter Max Claus zusammen, wobei es des öfteren zu Reibereien kam. Gestern abend trafen sich nun die beiden beim „Nisch“ und nach kurzem Wortwechsel schlug Link dem Claus eine leere Flosche mit solcher Wucht auf den Kopf, daß Claus bewußtlos zusammenbrach. Ob Claus mit dem Leben davonkommt, ist fraglich.

Alten, 30. Juni. Tödlicher Unfall. Bei Dacharbeiten stürzte der von Madle gebürtige, in Hofferrweiler verheiratete Wilhelm Streicher, Vater von vier Kindern, so unglücklich vom Dach ab, daß er mit einem schweren Schädelbruch ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er seinen Verletzungen heute nacht erlegen ist. Ein verheirateter Bruder des Verunglückten ist vor einigen Jahren ebenfalls durch Absturz an einem Neubau ums Leben gekommen; ein weiterer Bruder verunglückte im Hüttenwerk Wasseralfingen tödlich und ein vierter Sohn der betagten Mutter ist im Krieg gefallen.

# Aus Stadt und Land

Nagold, den 1. Juli 1932.

Du hast nichts wirklich, worauf du noch nicht verzichtest hat.

## Dienstvermittlung

Erledigt: eine Obersekretärstelle bei dem Amtsgericht Neuenbürg. Meldefrist 8 Tage.

## Musterschulung

Im Musterregister sind für Martin Koch, Möbelfabrik und Holzhandlung in Nagold eingetragen worden: 6 Modellabbildungen von Schloß- und Pfeilgesimmern. Angemeldet am 15. Juni 1932, Schutzfrist drei Jahre.

## Wichtige Fahrplanänderung

Mit dem 1. Juli tritt eine wesentliche Verbesserung des Reiseverkehrs ein. Von diesem Tage ab verkehren die Eilzüge 284/283 Karlsruhe-Nagold-Calm-Hohdorf-Freudenstadt und zurück über Eutingen und die Eilzüge 184/183 Karlsruhe-Nagold-Wildbad und zurück. Beide Zugpaare verkehren bis einschl. 10. September. Ferner das Schnellzugpaar Stuttgart-Horb-Zimmendingen-Zürich-Luzern D 266/263.

## Fahrplanberichtigung

Als Anfangszeit des Nachmittags-Sonntags von Nagold nach Calw gibt der amtliche Fahrplan an 14.34 Uhr. Dies ist offensichtlich ein Druckfehler, hat 14.41 Uhr, in dem letzten Zug von Wildberg (ab 14.31) in 3 Minuten nach Nagold fährt. Man wird gut tun, hiervon Notiz zu nehmen.

## Belebte Natur im Juli

Die Wärmegewinne sind bedeutend und steigt besonders gegen Ende des Monats bis zu 30 Grad. Die Mitteltemperatur ist für Deutschland 16 Grad. Es erfolgen häufige und beständige Entladungen von Gewittern, bei großer Hitze oft mit Hagelschlag begleitet. Man hält bei uns den Juli für den gesündlichen Monat. In ihm beginnen am 23. Juli die Hundstage und endigen am 28. August. Es ist meist die Zeit großer Hitze, so daß im Mittelalter selbst da und dort der Gottesdienst während dieser Periode ausfiel. In dieser Zeit geht die Sonne durch das Zeichen des Löwen, beginnend mit dem Morgenaufgang des glänzenden Sternes Sirius im Sternbild des Hundes. In den Gärten blühen alle Tierpflanzen: Grasmücken, Ritzler, Igel, Kestern, Zimmertiere, Lammkäse, Arnika, die das blühende Mittel gibt; mit Samenpflanzen stehen Spinat, Rettich, Kohl und Zwiebeln. Auf dem Feld stehen Weizen, Hopfen, Kartoffeln in Blüte; Kumpferkraut und Johanniskraut, Wermut und Schafgarbe; die Arzneipflanzen können jetzt geerntet und getrocknet werden; der rote Fingerhut, Stechapfel, die Tollkirsche im Walde sind Giftpflanzen, in der Hand des Arztes aber heilwirkende Mittel. Die Johanniskrautblätter, die die Lindenblüten duften weihen mit ihren herrlichen Blüten, ein Wirtshausgeschick zur Einkehr der heiligen Jünnen, die den tödlichen Unkenhohn bereiten. Die Säugtiere und Vögel haben Junge, die Spatzen schon die zweite Brut: sie sind ein schlaueres Proletariat, holen im Garten, was zu fressen ist, lassen aber alle Kämpfen ungeschoren, nur zur Zeit der Jungen werden sie ihrem Vegetarismus antrauen. Die Anseln teilen mit ihnen den gedöckten Tisch. Die Zahl der Nordwestwinde ist unter allen Monaten in diesem die größte. Nebeltage gibt es keine. Im Juli und August heiß, so folgen in 100 aufeinanderfolgenden Jahren 61 kalte und 39 milde Winter, sind die zwei Monate trüb und naß, 50 kalte und 61 milde Winter.

## Landwirtschaftliche Verrichtungen im Juli

Die Feld- und Gartengewächse, Mais- und Kartoffelfelder, Mais- und Hülsen- und Krautpflanzen sind zu säen und bei großer Hitze zu säen. Gegen Jakob reißen die Sommerzwiebeln. Der Rebs verlangt zur Anbau einen tiefgründigen, gut gedüngten Boden ohne flauende Kasse. Man sät ihn durch dreiwöchige Aussaat, die den geringsten Zeitaufwand erfordert; oder in Reihen, wodurch die Räfte und Kasse weniger nachteilig einwirkt und die Entfernung des Unkrautes leichter gemacht wird. Der abgeerntete Rebs wird vorsichtig in Tücher gebunden, um die Körner nicht zu verlieren. Nach der Heuernte werden die Bewässerungsgräben wieder instand gesetzt und als bald das Wasser zugelassen. Einmalige Weiden werden erst nach Jakob gemäht. An den Obstbäumen sind jetzt die Junggürtel durchzusehen und die Wunden darunter wegzunehmen. Im Garten sind die Maulwurfsgrillen durch eingeleichte leere Blumentöpfe und die Erdflöhe durch Streu mit Asche oder Tabakstaub zu bekämpfen. Die Blattläuse bekämpft man mit einem Aufsd gerodmeter grüner Aushäfen und Aushblätter. 1 Pfund davon in 10 Liter Wasser. Die Jäger können sich jetzt durch Abschlag junger Wildenten einen lederen Straten verschaffen; gegen Ende des Monats springt der Rehdoh auf Blat.

## Rasch tritt der Tod...

Der verheiratete 30 Jahre alte Säger und Hilfsarbeiter Gottlob Ketz von Nagold begab sich gestern vormittag 9 Uhr mit seinem Fahrrad nach Stuttgart, um bei Verwandten Besuch zu machen. Die Fahrt von hier bis Stuttgart machte er auf einem dorthin fahrenden Lastkraftwagen mit, während er in Stuttgart sein Fahrrad bestellte. Um 1/2 Uhr besuchte er eine der breitesten Straßen, die Ulmerstr., als ihn ein Lastkraftwagen der Firma Hugendubel u. Fischer überholte. Offenbar durch ein entgegenkommendes Fahrzeug aus der Bahn gebracht überfuhr der Lastwagen den Radfahrer so unglücklich, daß ihm die Räder über den Kopf gingen und seinen sofortigen Tod herbeiführten. Die Leiche wird voraussichtlich heute freigegeben und hierher geholt werden. Der schwerbetroffenen Witwe und den fünf teilweise unmündigen Kindern wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

## Von der NS-Bühne

Die hier rühmlichst bekannte NS-Bühne für Württemberg-Hohenzollern leht am Samstag, 2. 7. 32, abends 8.30 Uhr im Löwenjaal wiederum bei uns ein und zwar mit einer ganz besonderen Leistung, dem neuen Brevier „Wolf Peteren“ von Hans Kadiger. Das Schauspiel ist dem unbekanntem SA-Mann gewidmet und ging erst vor einigen Wochen als Aufführung über die Bretter. Eine Reihe vorzüglicher Besprechungen, so von Dr. Wolter vom NS-Verkehrsamt, von R. Grunski, sowie begünstigte Zeitungsbeiträge vom NS-Kurier, Ludwigsburger Zeitung u. a. lassen uns von dem Stück einen hervorragenden Eindruck erhoffen. Nagold, die zweite Keilenz des dritten Reiches, wie die Gegner unsere Stadt zu nennen beliebt, kann sich freuen, so bald schon das jugendliche Stück hier vorgeführt zu bekommen. Die Eintrittspreise sind notenordnungsgemäß gehalten.

## Propagandamarsch der SA

Vor dem morgigen Gastspiel der NS-Bühne „Wolf Peteren“, das um 8.30 Uhr im Löwen beginnt, wird die SA-Mannschaft der NSDAP, voran die SA-Kapelle um 7 Uhr einen Propaganda-Marsch durch die Stadt unternehmen.

## Stand der Sammlung für Eutingen und Sulz

Nach unserer letzten Meldung vom 16. Juni betrug der Stand der Sammlung Mark 622.-. Inzwischen ist noch eingegangen von Wilhelm Fischer M. L., so daß wir insgesamt Mk. 623.- an den Bezirkswohlfahrtsverein Ra-

gold abführen konnten. Wie schließen hiermit die Sammlung und sagen allen freundlichen Gekern herzlichen Dank.

## „Medicato“

hält heute und morgen im Gasthaus zum Löwen noch Sprechstunden ab (siehe Inserat).

## Abgabe zur Arbeitslosenhilfe

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe vom 14. Juni 1932 und nach der Verordnung des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministers vom 18. Juni 1932 müssen alle Lohn- und Gehaltsempfänger ab 1. Juli 1932 eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe zugunsten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezahlen. Die Abgabe geht ausschließlich zu Lasten des Arbeitnehmers, Freizeit von ihr ist nur das Arbeitsentgelt der Verrichtung, für vorübergehende Dienstleistungen im Sinne des § 168 RVO und für geringfügig Beschäftigte im Sinne des § 75 a WABG. Demnach sind auch solche Personen, die von der Arbeitslosenversicherung befreit sind (z. B. das ländliche Gefolge und sonstige in land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen stehende Arbeitnehmer), zur Abgabe herangezogen worden. Für Personen, die gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit versichert sind (und zwar einseitig, ob pflicht- oder freiwillig versichert), ist die Abgabe als Zuschlag zu den Beiträgen der Kranken- bzw. Arbeitslosenversicherung und mit diesem zu entrichten. Die Krankenkasse ist also bezüglich der genannten Personen die Einzugsstelle für die Abgabe. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Abgabe am Lohn bzw. Gehalt des Arbeitnehmers abzugeben und sie an die Krankenkasse abzuführen. Lohn- und Gehaltsempfänger, die gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit freiwillig versichert sind, haben die Abgabe mit den Kranken- bzw. Arbeitslosenversicherungsbeiträgen an die Krankenkasse selbst einzuzahlen; sie müssen an Stelle des Arbeitgebers die erforderlichen Meldungen an die Krankenkasse selbst erstatten. Die Abgabe wird erhoben von dem Arbeitsentgelt der Lohn- u. Gehaltsempfänger das für die Zeit vom 1. 7. 32 bis 31. 3. 33 gewährt wird. Zum Arbeitsentgelt im Sinne der Lohnverordnung gehören außer Gehalt und Löhnen auch Gewinnaufschlag, Sach- oder andere Bezüge, die dem Gehalt oder Lohnes oder neben ihm gewährt werden. Die Sachbezüge werden nach den Festlegungen des Versicherungsamts gemeldet. Für die Uebergangszeit gilt folgendes: Soweit die Lohnzahlungswoche mit der Kalenderwoche (Montag bis Samstag) zusammenfällt, kann für die Erhebung der Abgabe der 1. und 2. Juli 1932 außer Betracht gelassen werden. Beginn und Ende der Lohnzahlungswoche etwa Mitte der Kalenderwoche, so ist die Abgabe vom 1. Juli 1932 an zu berechnen. Alle Parteigelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisenrenten, die von öffentlichen Kassen ausbezahlt werden, ferner alle aus privaten Quellen herrührende Parteigelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisenrenten werden von den Finanzämtern zur Abgabe herangezogen, auch wenn die Bezüge gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit versichert sind. Maßgebend ist das Bruttoarbeitsentgelt. Für die Berechnung der Abgabe sind also weder die Steuern noch die Sozialbeiträge abzuziehen. Der Abgabebefehl ist gestaffelt: In der 1. Staffel - sofern das Arbeitsentgelt im Monat nicht den Betrag von 125 Mark übersteigt - wird die Abgabe einheitlich mit 1,5 v. H. berechnet. In der 2. Staffel - sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 125 Mark übersteigt, aber nicht den Betrag von 300 Mark übersteigt - wird die Abgabe ebenfalls einheitlich und zwar mit 2,5 v. H. berechnet. In der 3. Staffel - sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 300 Mark übersteigt, aber nicht den Betrag von 700 Mark übersteigt - ist der Abgabebefehl wiederum einheitlich und zwar 5,75 v. H. In der 4. Staffel - sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 700 Mark übersteigt - wird ebenfalls ein einheitlicher Abgabebefehl und zwar 6,5 v. H. berechnet. Mit Rücksicht auf die Gehaltsförderungsverordnungen ist für die Beamten und Behördenangestellten eine besondere Staffel eingeführt worden; hier wird die Abgabe ohne Staffelmessung nach der Höhe des Arbeitsentgelts mit einem einheitlichen Satz von 1,5 Prozent erhoben. Da die Krankenkasse die Beiträge nach Kalendertagen berechnet, ist eine Umrechnung des obengenannten Monatsarbeitsentgelts nach Kalendertagen oder nach Wochen nötig. Es ergibt sich dabei an Stelle der Dienstentgelte von 125 RM im Monat eine solche von 4,11 Mark im Kalendertag - 4,79 Mark im Arbeitstag und von 28,76 Mark in der Woche. Diese Grundlagen gelten für die Verhältnisse in den größeren Betrieben (mit mindestens 10 Versicherungsmitgliedern), welche die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst entrichten. Soweit jedoch die Beiträge nach Lohnzügen berechnet werden (bei den Versicherten in den kleineren Betrieben), ist für die Berechnung der Abgabe nicht der wirkliche Arbeitsverdienst, sondern der Grundlohn maßgebend. Infolgedessen ist die Abgabe aus dem Grundlohn in den Lohnstufen 1. bis 7 mit 1,5 Prozent und von der Lohnstufe 8 ab (4,20 RM Grundlohn) mit 2,5 Prozent zu bezahle für die Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge, sowie für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Bei Abgabepflichtigen, die gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit freiwillig versichert sind, ist die Abgabe vom wirklichen Arbeitsverdienst zu berechnen. Für Angestellte, die wegen Uebersteigerung der Verdienstgrenze nicht tranfen, aber arbeitslosenversicherungspflichtig und infolgedessen abgabepflichtig sind (mit über 300 Mark Monatsgehalt), und für Beamte- und Behördenangestellte mit über 300 Mark Monatsgehalt sind für die Berechnung der Abgabe je besondere Stufen festgesetzt worden. Lohn- und Gehaltsempfänger, die weder gegen Krankheit noch gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, werden nicht durch die Krankenkasse, sondern durch das Finanzamt zur Abgabe herangezogen.

## Vom Lehrerseminar

Politische Betätigung von Seminaristen. Unter Hinweis auf verschiedene Vorkommnisse im Lehrerseminar Nagold verlangt die sozialdemokratische Fraktion des Landtags in einer Großen Anfrage an die Regierung Unterlassung von Maßregelungen von Seminaristen wegen politischer Betätigung, Zurücknahme von Strafen (besonders gegen den Seminaristen Robert Jung) und amtliche Anerkennung des Soz. Schülerbundes als Interessenvertretung der Schüler an den württ. Lehrerbildungsanstalten.

## 50jähriges Jubiläum der Firma A. May

Stuttgart-Altenfeld

Die bekannte Stuttgarter Möbelfabrik A. May, Holzstraße, darf auf ein 50jähriges Geschäftsjubiläum zurückblicken. Der Gründer dieses Unternehmens war der Eisenbahn-Ingenieur A. May, und als im Jahre 1900 der Sohn Erwin, noch nicht 18jährig, das Geschäft des verstorbenen Vaters übernehmen mußte, hatte es schon eine ganz stattliche Größe. Der neue Leiter verstand es, in verhältnismäßig kurzer Zeit seinem Unternehmen einen Aufschwung über Stuttgarts Grenzen hinaus zu geben. Im Jahre 1918 und 1925 wurden die Werke Altenfeld und Tamm gegründet. Von 300 Arbeitern werden jährlich über 2000 Möbel hergestellt.

## „Unsere Feierstunden“

Der von allen Gewässern am meisten bedungene, sagenumwobene, deutsche Rhein ist auch immer ein dankbares Motiv für den Lichtbildner und so sehen wir eine gelungene Wochenaufnahme, betitelt: „Rheinischer bei Rides“.

heim“. An den Hundertjahrstag der Geburt Erzherzogs Ferdinand Maximilian von Oesterreich, des nachmaligen Kaisers von Mexiko erinnert dessen Bild. - Reichspräsident von Hindenburg muß auf seine alten Tage noch umziehen, nicht etwa, daß ihm ein unfreundlicher Hauswirt gekündigt gäbe... es werden nämlich im Reichspräsidentenpalais notwendige Instandsetzungsarbeiten vorgenommen (oder wie der Volksmund sich so fürchterlich auszudrücken beliebt, es wird „neu renoviert“) - Bis dahin wohnt unser greises Staatsoberhaupt in der alten Reichskanzlei, die laut Bild auch sehr repräsentabel aussieht. - Ueberall wird das Deutschstum unserer O k r o p r o v i n z S c h l e s i e n betont und für das schlesische Land gemorden. Unsere Aufnahme zeigt ein hübsches Trio (nur kein Reich...!) auf dem großen Traubentisch in Breslau. - Die deutsche Delegation ließ sich vor ihrer Arbeit nach Genu auf dem Bolsdamer Bahnhof in Berlin noch fotografieren, entschlossenen Männern gleich, stehen sie da! Ob sie ihre schwere Aufgabe lösen werden? - Ein prinzigliches Brautpaar, die Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg-Gotha und Prinz Gullian von Schweden zeigen den Fotografen glückliche Gesichter. - Zum Schluß sehen wir noch Schwester Matinka, das Schenkel in Menschengestalt, der vor Gericht als Simulant erkannt, und vorläufig von der österreichischen Justiz zu 6 Jahren schweren Kerfers verurteilt wurde. - Eine historische Skizze „Drei schöne Bräuten“ deren Ausgang sehr bedingt, ist lesenswert. - Außerdem Roman, Humor und Rätsel zum Zeitvertreib.

Eutingen, 30. Juni. Kollisionsflug. Am Dienstag kurz vor 11 Uhr mußte das Verkehrsflugzeug der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft Nr. 785, das den Streckendienst Freiburg-Stuttgart versieht, unweit der Bahnlinie Eutingen-Hohdorf notlanden. Nachdem die mitgeführte Post zur schnellsten Weiterbeförderung übergeben war, wurde die Flugzeugleitung Böblingen benachrichtigt, die alsbald mit einem Bordmonteur erschien. Der Defekt, der durch das Versagen der Zündkerzen entstanden war, ließ sich rasch beheben und bereits gegen halb 2 Uhr konnte das Flugzeug wieder starten. Die Passagiere, die nach München und Stöckholm wollten, wurden mit Auto nach Böblingen verbracht, von wo sie mit einer anderen Maschine ihr Ziel erreichen konnten.

Calm, 30. Juni. Seltene Pflanzenart. Auf einer moorigen Wiese im oberen Teil des Schließfelds, unweit der Gemeinde Stammheim, ist kürzlich das Auftreten des Wollgrases, einer bis dahin in unserer Gegend noch nicht oder nur selten beobachteten Pflanzengattung, bemerkt worden.

Wildbad, 30. Juni. Enzanlagenbeleuchtung. Nach den guten Erfahrungen in den letzten Jahren hat die hiesige Stadtverwaltung Wildbad auch die nächste große Enzanlagenbeleuchtung auf morgen festgesetzt. Besonders die Bodenendgüte werden dies begrüßen. Ihnen zuzuhilfen wird auch für den auf diesem Tag von 1/2 Uhr ab im Kurpark stattfindenden Tanzabend ausnahmsweise von der Ballungsvorschrift abgesehen. Diese Beleuchtungen haben Wert. Wer sie in ihrer märchenhaften Pracht einmal gesehen hat, der kommt immer wieder. Die Reichsbahn führt von jeder zu ihnen einen Verwaltungs-sonderzug von Wehrheim aus und wieder dahin zurück mit Halt auf allen Zwischenstationen. Von allen möglichen Wägen Süddeutschlands fahren an diesen Tagen Gesellschaftsautos zu besonders billigen Preisen nach Wildbad.

Oberjochen, 30. Juni. Radfahrerverkehrsamt. Der Gau-Ammer-Bezirk hat sein diesjähriges Radfahrerverkehrsamt mit dem 20jährigen Jubiläum des höchsten Radfahrervereins verbunden. Unser Ort beehrt dabei am nächsten Sonntag, den 3. Juli, einen großen Tag. Es haben sich schon viele Rennfahrer vom Bezirk, sowie von Groß-Stuttgart und dessen Umgebung angemeldet.

# Letzte Nachrichten

## Stimmenverbindungen für die Reichstagswahl

Berlin, 1. Juli. Wie die D M Z berichtet, soll in Kreisen der Staatspartei die Absicht bestehen, mit dem Zentrum Stimmenverbindungen einzugehen. Die deutsche Volkspartei soll, wie in politischen Kreisen verlautet, in ein gleichartiges Verhältnis zu den Deutschen Nationalen treten.

## Die Wahlparole der Zentrumspartei

Berlin, 30. Juni. Die Parole der Zentrumspartei für den Wahlkampf lautet: Zurück zu Brüning, zu keiner nationalen, kraftvollen außenpolitischen Linie, zu keiner Politik innerer Ordnung und innerer Friedens!

## Thüringischer Etat verabschiedet

Weimar, 1. Juli. Der Landtag von Thüringen verabschiedete am Donnerstagabend den thüringischen Haushaltsplan für 1932, der mit einem Fehlbetrag von 2 581 130 Mark abschließt. Am Freitag soll über Aufstellungsanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten abgestimmt werden.

## Roosevelt für Aufhebung der Prohibition

Chicago, 30. Juni. Franklin Roosevelt hat der Abschaffung des demokratischen Konvents, der sich für die Abschaffung der Prohibition ausgespricht, zugestimmt.

## Englischer Kabinettsrat über Lausanne

London, 30. Juni. Schatzkanzler Neville Chamberlain nahm heute an einer langen Kabinettsitzung teil, die sich mit der Konferenz in Lausanne befaßte. Man erwartet, daß Chamberlain noch heute eine Erklärung im Unterhaus über Lausanne abgeben wird.

## Waffen aus Holland nach Deutschland

Amsterdam, 30. Juni. Die holländische Polizei ist einem Waffen Schmuggel nach Deutschland auf die Spur gekommen, der bereits seit Wochen betrieben wurde. Im Zusammenhang damit sind sechs holländische Staatsangehörige von der Baaller Polizei verhaftet worden. Die geschmuggelten Waffen sollen nicht aus Holland, sondern aus Belgien stammen und für Rechnung einer deutschen politischen Organisation erworben worden sein. Sie sollten ursprünglich über die belgisch-deutsche und luxemburgisch-deutsche Grenze nach Deutschland geschmuggelt werden. Der Weg über Holland wurde dann aber wegen der strengen Ueberwachung der deutsch-belgischen und deutsch-luxemburgischen Grenze vorgezogen.

## Für Reise und Wanderungen

Siehe und Stand erschlossen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont Zahnpasta und Zahnbürste, sowie eine kräftige Mundspülung mit dem bewährten Chlorodont Mundwasser wirken wehrstark, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und immer schöne weiße Zähne!



